



**Geschäftsführung  
Rat**

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax : (0221) 221-26570

E-Mail: Petra.Kramp@stadt-koeln.de

Datum: 17.11.2016

**Auszug  
aus dem Entwurf der Niederschrift der 25. Sitzung des Rates vom  
17.11.2016**

**öffentlich**

**10.22 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften -  
Baubeschluss  
3114/2016**

1. Die Beschlussvorlage wird heute mit den Standorten unter
  - a. Auf dem städtischen Grundstück Lindweiler Weg, 50739 Köln-Longerich, Gemarkung Longerich, Flur: 9, Flurstück: 2123
  - c. Auf dem städtischen Grundstück Erbacher Weg, 50767 Köln-Lindweiler, Gemarkung Longerich, Flur 22, Flurstück 300, 299
  - f. Auf dem städtischen Grundstück Antoniusstraße/Auf dem Hühnerweg, 51147 Köln-Urbach, Gemarkung Urbach, Flur 4, Flurstück 489
  - g. Auf dem städtischen Grundstück Schlagbaumsweg/Ostmerheimer Str., 51067 Köln-Holweide, Gemarkung Wichheim-Schweinheim, Merheim, Flur 13, 17, Flurstück a2016, 1244, 1245, 1243, a528, a522
  - h. Auf dem städtischen Grundstück Haferkamp, 51061 Köln-Flittard, Gemarkung Stammheim-Flittard, Flur 41, Flurstück 6024

beschlossen. Die Art der Bebauung auf diesen Grundstücken bleibt jedoch offen.

2. Die Sozialverwaltung lädt in der nächsten Woche zu einem Fachgespräch mit den sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern und den Fraktionsgeschäftsführungen ein, an dem auch das Bauaufsichtsamt teilnehmen soll. In diesem Gespräch soll vorgestellt werden, ob und in welcher Geschossigkeit auf den beschlossenen Grundstücken eine Holzbauweise realisiert werden kann.
3. Die Entscheidung über die Bauweise auf allen – den beschlossenen und noch zu prüfenden – Grundstücken soll in der Sitzung des Hauptausschusses am

05.12.2016, und falls dies nicht möglich ist, in der nächsten Sitzung des Rates am 20.12.2016, getroffen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zu Ziffer 1:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zugestimmt.

Zu Ziffer 2:

Einstimmig zugestimmt.

Zu Ziffer 3:

Einstimmig zugestimmt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker weist klarstellend darauf hin, dass im Rahmen des Beschlusses zu Ziffer 3 auch die Alternativstandorte aus dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geprüft werden, die Ergebnisse möglichst bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2016, ansonsten bis zur Sitzung des Rates am 20.12.2016 mitgeteilt und dann zugleich darüber beschlossen werden soll.

Herr Börschel gibt zu Protokoll, dass die SPD-Fraktion mit der Prüfung der Alternativstandorte nicht einverstanden ist.